



Newsletter Italien – 01-03/2017

Judith Gleitze und Paola Fasan

- **Der neue Plan zur Immigration**
- **Libyen fordert Material von Italien, um den Vertrag ein- und Migrant*innen aufzuhalten**
- **Ankünfte und Abwehr**
- **Kriminalisierung der Seenotrettung**
- **Neue Hotspots in Italien geplant**
- **Der neue Unterbringungsplan der Regierung**
- **Relocation aus Italien**
- **Ankünfte und Abwehr**
- **Klage vor Europäischem Menschenrechtsgerichtshof gegen Abschiebungen in den Sudan**

Der neue Plan zur Immigration

Er will nun durchgreifen, der neue Innenminister Minniti – und dies auf allen Ebenen. Neben Treffen mit der von der UN /EU anerkannten libyschen Regierung Serrajs hat er nun auch einen neuen Migrationsplan vorgelegt, der folgende Punkte umfasst: 1) Verstärkung der Abschiebungen – man will nun so viele irreguläre Migrant*innen wie möglich in ihre Heimat zurückschicken. Am „26. Januar verschickte das italienische Innenministerium ein so genanntes Telegramm an die Polizeistationen, welches das Auffinden von sich illegal in Italien aufhaltenden nigerianischen Staatsangehörigen mit dem Ziel, sie in den Abschiebungshaftanstalten festzuhalten und abzuschicken, anordnet. Demnach ist es nicht nur der Illegalitätsstatus, der das Kriterium einer solchen Vorgehensweise vorgibt, sondern er ist eng verknüpft mit einer spezifischen Nationalität. Desweiteren soll es mehr bilaterale Abkommen geben, um eine Abschiebung zu ermöglichen. Dazu zählt eben auch jenes Abkommen mit Libyen. 2) Aus den CIE – Zentren zu Identifizierung und Abschiebung – sollen nun CPR werden, Zentren zur Rückführung, diese sollen in jeder Region (ausgenommen Val d’Aosta) mit insgesamt ca. 1.600 Plätze eröffnet werden, obwohl diese Art der Verwaltungshaft in

der Vergangenheit klar gezeigt hat, dass sie nicht effektiv ist. Das sehen auch viele Abgeordnete und Kommunalpolitiker so, die sich gegen eine erneute Eröffnung einer „Rückführungshaft“ stellen. Doch der italienische Justizminister Andrea Orlando steht hinter der geplanten Maßnahme: Dafür bräuchte es nat. deutlich mehr Abkommen mit den Herkunftsstaaten, um die Betroffenen dann auch abschieben zu können. Zudem würde der Straftatbestand der illegalen Einreise so viele Gerichte lahmlegen, das müsse man ändern (Anm. der Redaktion: Wäre es da nicht einfacher, den Straftatbestand abzuschaffen??). Innenminister Minniti unterstrich, dass die neuen Zentren anders sein als die alten Abschiebungshaftzentren, diese neuen hätten nichts mit einer Aufnahmeunterbringung zu tun – vielleicht ist dem Herren nicht bekannt, dass auch die noch existenten CIE absolut nichts mit einer Aufnahmeeinrichtung gemein haben? Die maximale Haftdauer soll bei 90 Tagen bestehen bleiben. Derzeit gibt es vier Abschiebungshaftanstalten (Brindisi, Caltanissetta, Rom und Turin) mit 574 Plätzen. Ende des letzten Jahres waren dort 288 Personen inhaftiert. 3) Die Zeiten der Asylprozeduren sollen verringert werden. Idee der Regierung ist: das Klageverfahren abzuschaffen. Sprich, Reduzierung der Zeiten durch Abschaffung der Rechte. 4) Asylsuchende sollen zu kostenfreier Arbeit gezwungen werden können. Das erinnert doch sehr stark an unschöne Ereignisse der Vergangenheit... 5) Die finanziellen Mittel für die freiwillige Ausreise sollen verdoppelt werden.

<http://siciliamigrants.blogspot.it/2017/02/rasterfahndungen-und-abkommen-mit.html>

http://mobile.ilssole24ore.com/solemobile/main/art/notizie/2017-02-03/rimpatri-ecco-nuovo-modello-italiano-cie-221656.shtml?uuiid=AEdY2rN&refresh_ce=1

<http://www.agenzia.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/524777/Riapertura-Cie-quello-di-Modena-fu-un-disastro>

<http://www.agenzia.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/524385/Migranti-Orlando-vogliamo-Cie-con-funzioni-nuove>

<http://www.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/524210/Migranti-Minniti-Respingimenti-E-la-legge-Ma-i-Cie-saranno-diversi>

<http://www.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/524154/Migranti-Riaprire-i-Cie-Non-garantiscono-sicurezza-e-d>

Libyen fordert Material von Italien, um den Vertrag ein- und Migrant*innen aufzuhalten

Am 19. März trafen sich Vertreter der libyschen Regierung Serraj mit der Vertretern der italienischen Regierung in Rom. Vorangegangen

war eine „Liste der Dinge, die Libyen benötigt“, die Serraj an die italienische Regierung geschickt hatte. Am 2. Februar war ein Abkommen beider Staaten (wenn man diese eine Regierung Libyens als Staat bezeichnen will) unterzeichnet worden, um vor allem den Abfahrten der Migrant*innen Einhalt zu gebieten. Nun hat Serraj in einem 10-seitigen Brief aufgelistet, was gebraucht wird, um den Vertrag einzuhalten. 16.206 Geflüchtete sind bis zum 17.3. in Italien über See angekommen, hinzu kommen 3.000 weitere aus den Rettungen vom 18. und 19. März. Serraj fordert nun Equipment im Wert von 800 Mio Euro, von Brüssel kamen bisher 200 Mio. Insgesamt wurden 20 Schiffe angefordert, 10 sollen der Rettung dienen, 10 der Küstenkontrolle. Diskussionen wird es über die Radaranlagen geben, die zur Einrichtung einer Leitzentrale nötig sind - Radars unterliegen dem Embargo. Fakt ist, dass Libyen das niemals alleine stemmen kann, denn dieser Plan bedeutet, dass alle aufgebrachten Flüchtlingsboote nach Libyen zurückgebracht werden – wie erst am 19. März mit über 700 Geflüchteten geschehen. Die Haft- und Lebensbedingungen für Migrant*innen in Libyen sind bekannt. Dennoch will Innenminister Minniti diesen Plan durchsetzen, EU-Migrationskommissar Avramopoulos ist anwesend bei dem Gespräch und stützt die italienischen Pläne. Leidtragende sind die Geflüchteten, die, wenn es nach Minniti geht, auch in Lagern anderer afrikanischer Länder „geparkt“ werden sollen, damit das völlig uneinige Libyen nicht die „ganze Last trägt“.

Der libysche Journalist Khalifa Abo Khraisse berichtet regelmäßig aus seinem Land. Am 10. März veröffentlichte er einen Artikel, in dem er Libyen mit Guantanamo vergleicht. *“Solange ihr die Migrant*innen weit weg von der europäischen Küste haltet können wir so tun, als ob alles gut wäre: das, was in Tripolis passiert, geschieht eben dort. Die Bedingungen, unter denen die Migrant*innen leben, sind schon in Libyen ein Alptraum. Aber ein Dokument zu unterzeichnen, dass für sie ein libysches Guantanamo bedeutet dient nur dazu, ihr Leiden offiziell gutzuheißen und ihre hoffnungslose Situation als solche zu besiegeln. Das nicht-in-Betracht Ziehen des Standpunktes der Migrant*innen beschneidet die Möglichkeit eines wirklichen Verstehens der Situation und die einer wirklichen Debatte.“* Abo Khraisse veröffentlichte am 15. März einen Artikel über die Situation in

Tripolis (Sitz der „libyschen Regierung“), dessen Titel unzweifelhaft deutlich macht, wie es vor Ort aussieht: „In Tripolis ist es schwierig, sich unter dem Bombenhagel zu heilen.“

Sechs Libyer, unter ihnen die Anwält*innen Azza Al-Maqhoor und der ehemalige Justizminister Salah Al-Marghani klagten Mitte Februar gegen das von Fayez Al-Serraj, Kopf des Präsidentschaftsrates unterzeichnete Memorandum of Understanding (MoU) zwischen Libyen und Italien. Al-Serraj habe nicht die Autorität, die er beanspruche. Das MoU habe Libyen in Zentrum für illegale Belange der illegalen Einreise verwandelt, was die Inhaftierung von Tausenden von Migrant*innen in von Italien gebauten libyschen Zentren bedeute. Am 22. März setzte das Gericht das MoU bis zu einer endgültigen Entscheidung darüber aus.

http://www.corriere.it/esteri/17_marzo_20/gommoni-elicotteri-sala-radar-la-libia-piano-800-milioni-851865e0-0ce5-11e7-a6d7-4912d17b7d3e.shtml,

<http://www.eddyburg.it/2017/03/laccordo-sui-migranti-con-litalia-crea.html>,

<http://www.internazionale.it/notizie/khalifa-abo-khraise-2/2017/03/15/tripoli-bombe-milizie>, <http://www.a-dif.org/2017/03/21/gli-accordi-con-i-libici-e-i-diritti-invisibili/>, <https://www.libyaobserver.ly/news/court-ruling-blocks-libya-italy-mou-stemming-illegal-immigration>

Weitere HOTSPOTS in Italien in Planung

Seit Mitte März 2017 geht es nun hin und her: wird es in Palermo einen „echten Hotspot“ oder nicht geben? Die einen sprechen von einem „Hotspot leggero“, einem leichten Hotspot, die anderen, so auch der Bürgermeister, versuchen das auf dem Papier, leider nicht in Wirklichkeit, bestehenden Konzept der Willkommensstadt Palermo zu beharren und sprechen von einer würdevollen Versorgung nicht direkt am Hafen, sondern in einem von der Mafia beschlagnahmten Gebäude, das sich in der entgegengesetzten Richtung vom Hafen befindet und eh nur 150 Plätze zur Verfügung stellen kann. Die letzte Ankunft in Palermo erfolgte mit dem unter der Frontex-Flagge fahrenden norwegischen Schiff „Siem Pilot“ am ... und brachte 994 gerettete Migrant*innen in die Stadt – umso lächerlicher erscheint eine Unterkunft mit 150 Plätzen, Hotspot hin oder her. Auf jedem der Schiffe, die Gerettete auch bis Palermo bringen, sind mindestens 350 Menschen, meist jedoch sind die Zahlen deutlich höher. Wie dem auch sei – Bürgermeister Orland leugnet weiterhin, dass es bis Juni einen echten Hotspot in Palermo geben wird, denn diese geschlossenen Zentren,

aus denen die Migrant*innen nicht heraus können (wie in Pozzallo und Trapani) wolle er nicht in seiner Stadt haben. Fulvio Vassallo Paleologo, Asylrechtsexperte und Juraprofessor, hält dagegen: das seien nur leere Worte, denn schauen wir uns die Ankünfte in den anderen Häfen ohne ein Gebäude namens HOTSPOT an, so müssen wir feststellen, dass die Zeltstruktur in Augusta (dort kommen die meisten Migrant*innen an) doch sehr wohl die Modalitäten eines Hotspots aufweist. Es gibt kein Hinaus und auch kein Hinein für unabhängige Rechts- und Sozialberatung, keinerlei rechtliche Kontrolle, was dort eigentlich vor sich geht. „Solange es darum ging am Hafen von Palermo ein Zelt aufzustellen, damit die Menschen nicht draußen sitzen müssen, versteht man das, aber wenn es darum geht, dass die Geflüchteten tagelang dort ohne Anwalt*innen, Informationen und Richter*innen bleiben, dann nennt man das HOTSPOT“, so Vassallo Paleologo.

Somit stehen derzeit Aussage gegen Aussage: Orlando behauptete, nie gefragt worden zu sein, ob ein HOTSPOT in Palermo möglich sei, die für Migration zuständige Staatssekretärin Gerarda Pantalone hat aber genau dieses verkündet. Bleibt abzuwarten, was nun passiert, derweil mobilisieren jedoch schon Flüchtlingsunterstützer*innen gegen die Eröffnung.

Derweil verkündete der italienische Polizeichef Gabrielli am 7. März die Eröffnung zweier neuer Hotspots in Messina und Mineo. Für ihn hat sich das HOTSPOT-System bewährt, man sei seit dem 1.2.2017 bei 100%iger Identifizierung durch Foto/Fingerabdrücke angelangt.

<http://palermo.meridionews.it/articolo/53009/migranti-il-ministero-annuncia-un-hotspot-in-citta-lesperto-orlando-nega-ma-gioca-con-le-parole/>,

http://palermo.repubblica.it/cronaca/2017/03/07/news/migranti_gabrielli_due_nuovi_hotspot_in_sicilia_entro_fine_mese_-159983096/,

<http://migrantsicily.blogspot.it/2017/03/deportations-from-italy-with-frontex.html>

Ankünfte und Abwehr

Laut UNHCR haben 20.580 Geflüchtete Italien in diesem Jahr erreicht (Stichtag 21.03.2017). Die Hauptherkunftsländer bleiben weiterhin Guinea, Nigeria, Bangladesch, Gambia und die Elfenbeinküste. Doch eben jene Staaten sind es, die immer weniger Chancen in den Asylverfahren haben. So wurden Anfang März 30 Nigerianer direkt nach ihrer Ankunft in Lampedusa nach Rom

ausgeflogen und von dort mit einem Frontex-Charterflug abgeschoben. Doch auch das Sterben geht weiter. Allein am 19.3. sollen mehr als 35 Menschen vor Libyen ertrunken sein, über 700 wurden nach Zeugenaussagen libyscher Aktivisten und einer Journalistin nach Zuwarah zurückgebracht. Auch die Ankünfte verlaufen weiterhin menschenunwürdig.

Ob Regen oder Hagel, die gerade angekommenen Migrant*innen müssen in allen Häfen erst einmal stundenlang Schlange stehen, ohne sich schützen zu können. Auch Frauen, Kinder, Familien. Bei der letzten Ankunft des unter Frontex-Flagge fahrenden Schiffes „Siem Pilot“ in Palermo wurde den Migrant*innen das Hab und Gut an Bord abgenommen, aber nicht wieder zurückgegeben. Nur durch langes Drängen der vor Ort helfenden Freiwilligen konnten die meisten ihre Telefone, Wertgegenstände und Sonstiges zurückbekommen. Eltern wurden von ihren Kindern getrennt, „die kommen schon wieder irgendwo zusammen“ die laxen Antwort der Polizei. Das Wichtigste ist und bleibt die Befragung, wer den der/die Schlepper gewesen sein. Migrant*innen, die ohne Schuhe und abgekämpft das Rettungsschiff verlassen, müssen als allererstes auf diese Fragen antworten. Für die als „Schlepper“ identifizierten, aber auch für die, die zwangsweise die Zeug*innen zu sein haben gibt es keinerlei ausführliche Information und Übersetzung. Verhaftet ohne zu verstehen, um was es geht. Viele Zeug*innen werden faktisch erpresst, wenn sie einer Nationalität angehören, die eigentlich keine Chance auf ein Asylverfahren hat. Sie hoffen, so einen Aufenthaltstitel zu erhalten, doch sobald sie ausgesagt haben werden sie fallengelassen und auf die Straße gesetzt.

<http://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean>,

<http://migrantsicily.blogspot.it/2017/03/the-new-tent-structures-at-port-of.html>,

Informationen zur Situation von Geflüchteten in Sizilien siehe unter: www.siciliamigranti.blogspot.it (hier Links zu der deutschen und englischen Seite).

Kriminalisierung der Seenotrettung

Diverse Organisationen haben sich gegen den in der „Welt“ vom 27. Februar 2017 veröffentlichten Vorwurf des Frontex-Chefs Leggeri, man unterstütze Schlepperbad, mit einer Pressemitteilung zur Wehr gesetzt. „Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Statements weisen diese Vorwürfe entschieden zurück. Die Anschuldigungen verdrehen die

Tatsachen. Menschen fliehen nicht, weil es Schleppernetzwerke gibt. Es gibt Schleppernetzwerke, weil Menschen fliehen. Nur legale Einreisewege in die EU können das Geschäft der Menschenhändler unterbinden.“ Neben der im zentralen Mittelmeer aktiven Organisation Sea-Watch haben sich auch MSF, MOAS und Sey-Eye gegen die Vorwürfe zu Wehr gesetzt. Auch die Staatsanwaltschaft Catania hat eine Recherche unternommen, die sie am 22.3. beendete. Der zuständige Staatsanwalt Zuccaro stellte fest, dass man interessante Erkenntnisse gewonnen habe, so z.B., dass allein fünf der Rettungsschiffe aus Deutschland kämen, einige unter sehr bedenkenswerter Flagge fahren würden (MOAS) und es doch merkwürdig sei, wo das ganze Geld herkomme. Die Staatsanwaltschaft ist gewillt, eine echte Untersuchung einzuleiten und ggf. auch Anklage wegen Beihilfe zur illegalen Einreise zu erheben.

<https://sea-watch.org/europas-zivile-rettungsorganisationen-weisen-frontex-vorwuerfe-zurueck/>
<http://msf-analysis.org/bounties-not-bodies-smugglers-profit-sea-rescues-though-no-clear-alternative-available/>
<http://sea-eye.org/en/frontex-attackiert-lebensretter-sea-eye-reagiert/>
http://www.repubblica.it/solidarieta/immigrazione/2017/02/28/news/regina_catrambone-159417623/
<http://www.lastampa.it/2017/02/28/italia/cronache/lattacco-di-frontex-salvare-i-migranti-al-largo-della-libia-favorisce-i-trafficienti-ht1q2HmHbY5vZz5GL296l/pagina.html>
http://www.ansa.it/sito/notizie/cronaca/2017/03/22/migranti-pm-di-catania-no-al-fermo-per-chi-fa-lo-scafista-per-necessita_515047b7-710e-409b-8eaa-0c0c2ab07824.html

Der neue Unterbringungsplan der Regierung - SPRAR

Seit Anfang des Jahres wurden 6.000 unterbringungsplätze mehr in den Kommunen geschaffen. Ca. 200 Bürgermeistern*innen haben sich bereit erklärt, ihre Erstaufnahmen in SPRAR (Zweitaufnahme) umzuwandeln. Der neue Unterbringungsplan der Regierung sieht eine genau ausgearbeitete Unterbringung in den einzelnen Regionen und Kommunen mit bis zu 200.000 Migrant*innen vor. Gestaffelt werden soll nach Einwohner*innenzahl der Kommunen: bis zu 2.000 Einwohner*innen sollen sechs Geflüchtete aufgenommen werden. In den Ballungszentren zwei Geflüchtete pro 1.000 Einwohner*innen, in allen anderen Kommunen 3-3,5 Geflüchtete pro 1000 Einwohner*innen. Viele Kommunen wissen bis heute nicht, was ein „SPRAR“ ist und es bleibt abzuwarten, ob dieses Konzept aufgeht. Im Artikel finden sich die

Kommunen und die zugewiesenen Zahlen.
<http://www.ilsole24ore.com/art/notizie/2017-03-17/migranti-mappa-dell-accoglienza-221122.shtml?uuid=AEBQRko>

Relocation aus Italien

Da Relocation-Programm wird allseits kritisiert, da es viel zu langsam geht. Von 36.900 Geflüchteten, die in 2015 für die Umsiedlung vorgesehen waren, sind bisher 4.440 Menschen in andere EU-Staaten gebracht worden (stand 17. März 2017). Die meisten wurden mit Abstand von Deutschland aufgenommen (1.301), es folgen Finnland (560) und Norwegen (559). Folgende Staaten nehmen (bisher) keine Geflüchteten aus Italien auf: Österreich, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Ungarn, Irland, Polen, Slowakei, UK, Liechtenstein, Island. In Sizilien sind immer wieder „Fluchten“ aus den Heimen zu beobachten, da die Geflüchteten nach der langen Wartezeit nicht mehr an die relocation glauben. Am 22. März jedoch gab der italienische Innenminister Entwarnung: durch die Zusage Deutschlands, nun jeden Monat 500 Personen aufzunehmen, habe sich die Lage deutlich entspannt, und auch Österreich und die Schweiz hätten nun zugesagt, sich an der relocation zu beteiligen.

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf
http://www.ansa.it/sito/notizie/cronaca/2017/03/22/migranti-pm-di-catania-no-al-fermo-per-chi-fa-lo-scafista-per-necessita_515047b7-710e-409b-8eaa-0c0c2ab07824.html

Ausbeutung in der Saisonarbeit

Alle wissen es, keine*r macht sich jedoch ernsthafte Gedanken darüber: die gesamte Ernte aller Gemüse, des Weines, der Oliven würde ohne die Hilfe von ausgebeuteten Migrant*innen – unter ihnen auch viele Asylsuchende – nicht funktionieren. Dennoch leben die Arbeiter*innen weiterhin unter absolut menschenunwürdigen Bedingungen. In der Nacht zum 3. März ist das „Gran Ghetto“, eine Barackenansammlung, die im Sommer bis zu 2.000 Migrant*innen beherbergte, abgebrannt. Zwei Männer starben im Feuer: Mamadou Konate e Nouhou Doumbia. Das in Apulien liegende Ghetto sollte geräumt werden, doch ca. 100 Menschen wollten es nicht verlassen, da sie Angst hatten, ihre Arbeit zu verlieren. Erminia Rizzi, Anwältin im Anwaltsverein ASGI, kritisiert die Räumung. Damit

ändere man die Situation nicht, auch nicht mit neuen Gesetzen gegen die Ausbeutung. Es gebe Gesetze, man müsse sich nur an diese halten! Gemeinsam mit den Firmen müsse diskutiert und ein Plan erarbeitet werden, sonst werde diese Art der Ausbeutung von Migrant*innen nie ein Ende nehmen. Das Ghetto in Rignano Graganico ist nicht das einzige, in ganz Süditalien leben Migrant*innen und Asylsuchende unter diesen Bedingungen, jedes Jahr sind erneut Todesopfer zu beklagen. *„Wir sind hier von allen verlassen. Wir sind hier geblieben, nachdem wir mit der Olivenernte fertig waren, um auf die Mandarinenernte zu warten, die noch nicht begonnen hat [Januar 2017, Anm. der Red.], so haben wir jetzt ganz besondere Probleme und die Kälte der letzten Tage hilft uns nicht...Es geht uns schlecht“*, so ein junger Senegalese im Camp von Campobello di Mazara, Sizilien.
<http://www.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/529089/Migranti-morti-nel-Gran-ghetto-Non-serve-sgomberare-colpire-i-caporali>,
<http://siciliamigranti.blogspot.it/2017/01/invisibili-buoni-da-sfruttare.html#more>

Klage vor Europäischem Menschenrechtsgerichtshof wegen Abschiebungen in den Sudan

Italien riskiert eine neue Verurteilung vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof: fünf Sudanesen aus Darfur haben gegen ihre Zurückschiebung am 24.08.2016 geklagt. Zwei italienische Rechtsanwälte, Dario Bellucio und Salvatore Fachile hatten die Klage am 14. Februar eingereicht. Die Anwälte waren mit einigen Aktivist*innen in den Sudan gereist und hatten dort mit fünf der 40 abgeschobenen Sudanesen gesprochen. Diese waren auf der Grundlage eines bilateralen Polizei-Abkommens in den Sudan gebracht worden. Ihre Odyssee begann im Hotspot von Taranto, wo sie keinerlei Rechtsberatung über ein mögliches Asylverfahren erhielten. 3 Wochen nach ihrer Ankunft wurden sie vor dem Zentrum verhaftet und mit Gewalt (Schläge etc.) zur Abgabe der Fingerabdrücke genötigt. Nur einer kleinen Gruppe war es gelungen, nicht in das Flugzeug zu steigen und Asyl zu beantragen. Es handelt sich um die erste Abschiebung von Sudanesischen Geflüchteten aus Italien. Laut ihrer Anwälte sei Art 3 der EMRK sowie italienische s Recht verletzt worden, da niemand in einen nicht sicheren Staat abgeschoben werden darf.

<http://www.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/527>

[812/Espulsioni-illegittime-verso-il-Sudan-Ricorso-a-Strasburgo-contro-l-Italia?UA-11580724-2](http://www.redattoresociale.it/Notiziario/Articolo/527)

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Gneisenaustr. 2a

10961 Berlin

Tel.: +49 (0)176 420 276 55

E-Mail: [mai\(at\)borderline-europe.de](mailto:mai@borderline-europe.de)

Italien

Sitz: Sizilien

Judith Gleitze

Telefon: +39 340 980 21 96

E-Mail: [jg\(at\)borderline-europe.de](mailto:jg(at)borderline-europe.de)